

Dr. Mahulena Hosková
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und
Völkerrecht, Heidelberg

Die Entwicklung des Medienrechts in Osteuropa

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes
Saarbrücken, den 23. Mai 1995

I. Einführung

In den Jahren 1989-1990 kam es zum völligen Zerfall des sozialistischen Blocks, einer Tatsache, die wegen ihren weitreichenden Auswirkungen in mancher Hinsicht mit der Auflösung der Austro-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 oder mit der Neugestaltung Europas nach dem zweiten Weltkrieg vergleichbar ist. Dieser Umbruch hatte naturgemäß auch tiefgreifende rechtliche Konsequenzen: In atemberaubendem Tempo erfolgte ein kompletter Umbau ganzer Rechtssysteme. Dabei wurde sehr schnell die frühere Orientierung der Mehrheit der Gesetzgeber an die sowjetischen Muster als die ehemals unumstrittenen Vorbilder der legislatorischen Arbeiten beendet. Allgemein läßt sich auch sagen, daß die Mehrheit der nach der Wende angenommenen normativen Akte eine Verwirklichung der eigenen spezifischen Erfahrungen der ehemals sozialistischen Staaten darstellt, sicherlich auch beeinflusst von westeuropäischen oder amerikanischen Vorbildern.

Das Medienrecht ist einer der Bereiche, an dem dieser grundlegende Umbruch sehr deutlich wird. Unter den sozialistischen Regierungen war es - nach sowjetischem Vorbild - zu einer marginalen Rolle verurteilt; das Staatsmonopol erforderte, außer der juristischen Bestätigung seiner selbst, eigentlich bloß die Regulierung einiger

oberflächlicher Kompetenzverhältnisse, unter welchen die Passagen über die Zensur zu den interessantesten gehört haben.

Zur Illustration dieses trüben Bildes ein Beispiel aus der Tschechoslowakei der siebziger Jahre: Weil sich der Gesetzgeber wahrscheinlich nicht traute, den Empfang von über Satelliten ausgestrahlten westlichen Programmen eindeutig zu verbieten und damit die Kritik der europäischen politischen Öffentlichkeit herauszufordern, wurden in den größeren Städten durch die Gemeindeorgane Erlasse herausgegeben, die nicht der Publikation in der amtlichen Gesetzessammlung unterlagen und welche die Montage von Satelliten-Empfangsanlagen aus sg. „ästhetischen Gründen“ untersagten. Zusätzlich galt ein administratives Verbot des Imports dieser Anlagen sowie eine Beschränkung des Verkaufs ausländischer elektronischer Teile, mit denen es möglich gewesen wäre, solch eine Anlage selbst zu bauen. Eine Affäre mit schweren arbeitsrechtlichen Folgen für den Herausgeber war dann die Veröffentlichung einer Anleitung zum sehr komplizierten Bau einer solchen Anlage aus heimischen Teilen in einer Jugendzeitschrift. Das größte Paradox dabei war jedoch die Tatsache, daß alle Parteifunktionäre mit diesen Anlagen ausgestattet wurden, um - wie sie behaupteten - „...das Bild des Feindes studieren zu können“.

Es war offensichtlich, daß das ganze System des Medienrechts in den post-kommunistischen Ländern umgebaut werden mußte. Zum heutigen Datum kann man feststellen, daß in manchen Staaten dieser Prozeß fast abgeschlossen ist und in vollem Umfang der Aspekt der Menschenrechte, z. B. des Rechts auf Information oder der Meinungsfreiheit, sowie die Kompetenzfragen oder die - nach ihren Charakter eher technischen - Fragen rechtlich neu geregelt sind, z. B. in der Tschechischen Republik. In anderen Staaten, wie z. B. in der Russischen Föderation, ist dieser Prozess noch in vollem Gange.

Die Darstellung dieses Prozesses und seiner wichtigsten Ergebnisse ist Gegenstand dieses Beitrags. Die Entwicklung des Medienrechts

wird dabei am Beispiel der drei auf gewisse Weise typischen, slawischsprachigen Reformländer des östlichen Mitteleuropas demonstriert, nämlich der Tschechischen Republik, Polens, der Slowakei; hinzu kommt eine Übersicht über die einschlägigen Vorgänge in der Russischen Föderation. Der Akzent wird dabei hauptsächlich auf das Rundfunkrecht gelegt.

II. Der relevante europäische Rahmen des Medienrechts

Bekannlich streben die Tschechische Republik, Polen und die Slowakei - und zu einem geringeren Umfang auch Rußland - ihre Integration in europäische Strukturen an. Dies verlangt natürlich, daß sich ihre Rechtsordnung, also auch das Medienrecht, an den allgemeinen europäischen Standards orientiert. Da keiner der erwähnten Staaten Mitglied der Europäischen Union ist, können für sie derzeit nur die im Rahmen des Europarats - dem alle drei ostmitteleuropäischen Staaten ja angehören, während eine Mitgliedschaft Rußlands in vieler Hinsicht problematisch erscheint und der entsprechende Antrag gegenwärtig bekanntlich „auf Eis liegt“ - entwickelten Standards herangezogen werden. Diese wiederum ergeben sich vor allem aus der einschlägigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu Art. 10 der *Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten* (EMRK)¹.

Der Straßburger Gerichtshof hat bisher drei für das Rundfunkrecht sehr wichtige Urteile gefällt, und zwar im Fall *Groppera v. Switzerland* vom 28. März 1990, im Fall *Autronic v. Switzerland* vom 22. Mai 1990 und im Fall *Lentia v. Austria* vom 24. November 1993.

¹ BGBl. 1952 II S. 686, 953, geänd. durch Prot. Nr. 3 v. 6.5. 1963, BGBl. 1968 II S. 1116, in Kraft seit 21.9. 1970, BGBl. II S. 1315, und Prot. Nr. 5 v. 20.1. 1966, BGBl. 1968 II S. 1120, in Kraft seit 20.12. 1971, BGBl. 1972 II S. 105.

Im *Groppera Fall*² entschied der EGMR, daß jedes Rundfunkprogramm, ohne Rücksicht auf seinen Inhalt, das durch Kabel oder die Luft ausgestrahlt wird, in den Schutzbereich des Art. 10 Abs. 1 Satz 1 und 2 fällt; daß das aus Art. 10 Abs. 1 Satz 3 EMRK folgende Recht des Staates, auch zur Ausstrahlung von Sendungen durch Kabel eine Lizenz zu verlangen, sich in erster Linie an den technischen Notwendigkeiten und vor allem an den Kriterien des Art. 10 Abs. 2 EMRK orientieren muß; und daß Einschränkungen der Rundfunkfreiheit im Hinblick auf den Schutz der internationalen Telekommunikationsordnung und der Rechte Dritter gerechtfertigt sein können, wenn von solchen Einschränkungen restriktiv Gebrauch gemacht wird.

Im *Autronic Fall*³ entschied der EGMR, daß der Antennenempfang von Satellitenprogrammen in den Schutzbereich des Art. 10 EMRK fällt; und daß Bestimmungen des nationalen Rechts, welche den freien Empfang solcher Sendungen beschränken, als Eingriffe in die Informationsfreiheit der Schrankenregelung des Art. 10 Abs. 2 EMRK unterliegen.

Im *Lentia Fall*⁴ schließlich erkannte der EGMR, daß Regelungen des nationalen Rechts, die es wegen eines bestehenden staatlichen Rundfunkmonopols unmöglich machen, private Rundfunkstationen zu gründen und zu betreiben, einen Eingriff in die Informationsfreiheit des Art. 10 EMRK darstellen; daß Staaten zwar durch ein Lizenzsystem die technischen Aspekte der Ausübung der Rundfunkfreiheit auf ihrem Territorium regeln dürfen, ein staatliches Rundfunkmonopol wegen der fundamentalen Bedeutung der Meinungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft aber nur dann zulässig ist, wenn hierfür "pressing social needs" bestehen, was der EGMR im Fall Österreichs aber nicht als gegeben ansah.

Diese Rechtsprechung läßt sich so zusammenfassen:

1. Die Meinungsfreiheit des Art. 10 EMRK umfaßt grundsätzlich das Recht, privaten Rundfunk zu betreiben;

² Urteil des EGMR v. 28.3. 1990, EuGRZ (1990), 255 ff.; NJW (1991), 615 ff.

³ Urteil des EGMR v. 22.5. 1990, EuGRZ (1990), 261 ff.; NJW (1991), 629 ff.

⁴ Urteil des EGMR v. 24.11. 1993, 36/1992/381/455-459.

2. Staatliche Rundfunkmonopole sind nur in engen Ausnahmefällen zulässig;

3. Daher müssen die nationalen Rechtsordnungen grundsätzlich ein duales System vorsehen, wobei jedoch Einschränkungen der Rundfunkfreiheit aus den - restriktiv anzunehmenden - Gründen des Art. 10 Abs. 2 EMRK zulässig sein können;

und 4. die Informationsfreiheit des Art. 10 EMRK umfaßt auch das Recht auf grundsätzlich freien Empfang (und wohl auch Ausstrahlung) von Satellitenprogrammen, das wiederum nur im Hinblick auf die Gründe des Art. 10 Abs. 2 EMRK eingeschränkt werden darf.

III. Das Medienrecht in der Tschechischen Republik

Die tschechische *Verfassung* vom 16. Dezember 1992⁵, die seit der Auflösung der Tschechoslowakei zum Jahreswechsel 1992/93 in Kraft ist, erklärt in ihrem Art. 3 die sogenannte *Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten* vom 9. Januar 1991⁶, zu einem "integralen Bestandteil der tschechischen Verfassungsordnung".

Hierzu zwei Bemerkungen: Zum einen kannte das tschechoslowakische Verfassungsrecht, auch schon in der Zwischenkriegszeit, in Übereinstimmung mit der österreichischen Tradition, neben der eigentlichen Verfassung auch sogenannte Verfassungsgesetze, die in formeller Hinsicht Verfassungsrang haben. Zum anderen bediente sich die damalige Tschechoslowakei dieser Möglichkeit, um die sozialistische Verfassung Schritt für Schritt zu ändern: Die genannte Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten, ein föderales Verfassungsgesetz, stellte den Grundrechtskatalog der föderalen Tschechoslowakei dar. Diese gilt nun weiter als Grundrechtskatalog

⁵ Sbírka zákonu České republiky Nr. 1 vom 28. 12. 1993, Poz. 1.

⁶ Sbírka zákonu České a Slovenské federativní republiky Nr. 6 vom 8.2. 1991, Poz. 21.

der Tschechischen Republik, deren Verfassung daher kein den Grundrechten gewidmetes Kapitel enthält.

In Anlehnung an Art. 10 EMRK garantiert nun Art. 17 der Charta die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Er enthält zwar keinen ausdrücklichen Hinweis auf die Rundfunkfreiheit, doch wird diese allgemein als Teil der Meinungs- und Informationsfreiheit angesehen.

Auf einfachgesetzlicher Ebene ist Grundlage des tschechischen Rundfunkrechts das föderale *Radio- und Fernsehgesetz* vom 30. Oktober 1991, das auch nach der Auflösung der Tschechoslowakei nach mehreren Änderungen⁷ in der Tschechischen Republik weitergilt. "Rundfunk" meint nach diesem Gesetz die Ausstrahlung von Programmen und audiovisueller Information durch Sender, Kabelnetze, Satelliten und andere Medien, die dem Empfang durch die Allgemeinheit eröffnet sind. Das Gesetz hat in der Tschechoslowakei ein duales System eingeführt; insoweit unterscheidet es zwischen den sogenannten "Betreibern aufgrund Gesetz" und "Betreibern aufgrund Lizenz".

Folgende Bedingungen sind zum Erhalt einer Lizenz zu erfüllen: Juristische Personen müssen ihren Sitz in der Tschechischen Republik haben und im Handelsregister eingetragen sein; falls sie ihren Sitz im Ausland haben, kann eine Lizenz nur für die gleichzeitige und vollständige Ausstrahlung bereits gesendeter Programme erteilt werden; natürliche Personen erhalten eine Lizenz nur, wenn sie ihren ständigen Aufenthalt in der Tschechischen Republik haben - dies gilt auch für Ausländer. Lizenzen für den Bereich des Rundfunks werden für höchstens sechs Jahre, Lizenzen für den Bereich des Fernsehens für höchstens zwölf Jahre erteilt.

"Betreiber aufgrund Gesetz" müssen die Rundfunkversorgung der Bevölkerung des ihnen "zugeteilten" Gebiets garantieren; zu diesem Zweck werden ihnen exklusive Frequenzbereiche und der Zugang zu den öffentlichen Sendern eingeräumt, was sie faktisch in die Lage versetzt, das gesamte tschechische Territorium zu bestrahlen. Li-

⁷ Sbírka zákonů České a Slovenské federativní republiky Nr. 91 vom 22.11. 1991, Poz. 468; geänd. durch Ges. Nr. 597/1992 Slg., Ges. Nr. 36/1993 Slg. und Ges. Nr. 253/1994 Slg.

zenzinhaber erhalten Frequenzen, die ursprünglich dem in der Experimentierphase verbliebenen dritten staatlichen Programm vorbehalten waren.

Die für die Erteilung der Lizenzen zuständigen Organe, jetzt der Tschechische Radio- und Fernsehrat⁸, sind gesetzlich verpflichtet zu verhindern, daß Lizenznehmer eine dominierende Marktposition erreichen. Wann dies der Fall ist, ergibt sich aus dem Gesetz jedoch nicht. Die neun Mitglieder des Rates werden vom tschechischen Parlament auf sechs Jahre gewählt; dieses muß dabei sicherstellen, daß im Rat die verschiedenen wichtigsten Meinungsgruppen angemessen vertreten sind. Da der Rat vom Parlament unter bestimmten Bedingungen auch aufgelöst werden kann, werden zur Zeit Zweifel geäußert, ob die Unabhängigkeit des Rats auch wirklich genügend gesichert ist.

Während das genannte Radio- und Fernsehgesetz von 1991 also die Ausstrahlung von Programmen regelt, finden sich die Vorschriften über Errichtung und Betrieb von Radio- und TV - Sendern im *Telekommunikationsgesetz*⁹ in seiner Fassung des Jahres 1992. Wiederum entscheiden die staatlichen Organe über diese Fragen, wobei auch hier zwischen "Betreibern aufgrund Gesetz" und "Betreibern aufgrund einer Lizenz" unterschieden wird. Letztgenannte benötigen für die Erlaubnis der Errichtung und des Betriebs von Sendern den Nachweis, daß sie eine Lizenz zur Ausstrahlung solcher Programme nach dem Radio- und Fernsehgesetz erhalten haben und diese Sender nur in Übereinstimmung mit dem sogenannten "Plan zur Nutzung der Radio- und Fernseffrequenzen" nutzen werden.

Trotz einiger Schwierigkeiten, die sich für private Sender ergeben, läßt sich die Entwicklung in diesem Bereich nicht anders als "stürmisch" bezeichnen. Zu diesen Schwierigkeiten zählt etwa die

⁸ Vgl. Gesetz des Tschechischen Nationalrates vom 21.2. 1992 über den tschechischen Rundfunk- und Fernsehrat, Sbírka zákonu České a Slovenské federativní republiky Nr. 25 vom 5.3. 1992, Poz. 103; geändert durch Ges. Nr. 474/1992 Slg., Nr. 36/1993 Slg., Nr. 331/1993 Slg. und Nr. 253/1994 Slg.

⁹ Sbírka zákonu Československé socialistické republiky vom 18.6. 1964, Poz. 110; in der Fassung des Gesetzes Nr. 150/1992 Slg.

relativ teure Sicherung der technischen Voraussetzungen für das Ausstrahlen von Programmen; die - jedenfalls nach Ansicht der potentiellen Betreiber - übertriebenen administrativen Anforderungen, namentlich hinsichtlich des Umfangs und des Inhalts der für die Eröffnung eines Lizenzierungsverfahrens notwendigen Dokumente; der - wiederum aus der Sicht der potentiellen Betreiber - zu lange Zeitraum, innerhalb dessen die Verwaltung über den Antrag auf Lizenzerteilung entscheidet (binnen 90 Tagen); und schließlich finanzielle Probleme der Privatsender, die - anders als die Antragsteller der Jahre 1990-1992 - keine finanzielle staatliche Unterstützung während der Anfangsphase mehr erhalten; daß es schließlich noch eine ganze Reihe von Antragstellern gibt, die mit eher naiven Vorstellungen sich um den Erhalt einer Lizenz bemühen, gehört wohl zu den normalen Erscheinungen in den Frühphasen privaten Rundfunks.

Ungeachtet aller dieser Probleme waren am 31. Oktober letzten Jahres bei einer Gesamtzahl von insgesamt 888 Antragstellern 129 Lizenzen zum Betrieb privater Rundfunksender erteilt worden¹⁰, wobei diese erstaunlich große Zahl alle Formen privater Sendungen einschließt, also nicht nur regionale oder lokale Sender, sondern auch Kabel- und sogar Hotelprogramme. Die übrigen Anträge waren entweder abgelehnt worden oder befanden sich noch im Stadium der Bearbeitung. In relativ vielen Fällen kam es auch zur Einstellung des Lizenzierungsverfahrens, da die Antragsteller aus verschiedenen Gründen ihre Rechtspersönlichkeit verloren.

Im August letzten Jahres legte die tschechische Regierung nun ihre *"Prinzipien für die staatliche Telekommunikationspolitik"* vor. Folgende legislatorische Schritte sind danach zu erwarten: Genauere gesetzliche Regeln des Zugangs Privater zu Aktivitäten im Bereich der Telekommunikation, also auch im Rundfunkbereich; eine Änderung des institutionellen Systems, nämlich die Schaffung einer unter dem Wirtschaftsministerium ressortierenden Telekommunikations-Agentur, die für die technischen Aspekte zuständig sein soll, während das Wirtschaftsministerium die technischen Lizenzen erteilen würde. Weiter soll das Telekommunikationsgesetz grundlegend

¹⁰ Nach den Angaben des Amtes des Tschechischen Rundfunk- und Fernsehates.

geändert und getrennte öffentliche und private Telekommunikationsnetze geschaffen werden.

Von den sonstigen Vorhaben des Gesetzgebers ist noch das *Projekt des neuen Pressegesetzes*¹¹ zu erwähnen, das die tschechische Regierung im Februar dieses Jahres gebilligt und im Parlament eingebracht hat. In diesem Bereich gilt nämlich immer noch das „sozialistische“ *Pressegesetz* von 1966¹², novelliert im Jahre 1990¹³, welches die Herausgabe der Periodika einem Registrierungsverfahren unterwirft, das künftig durch ein bloßes Anmeldeverfahren ersetzt werden soll.

Von den schon abgeschlossenen Schritten ist hervorzuheben das Gesetz Nr. 37 über die nicht-periodischen Publikationen¹⁴, welches unter anderem unter Sanktion der Einstellung der öffentlichen Verbreitung die Impressums-Angaben aufzählt, die jede Publikation enthalten muß, sowie das vor kurzem verkündete Gesetz Nr. 40 (1995) über die Regulierung der Werbung¹⁵, welches z.B. eine Regel enthält, daß allgemein Werbung im Rundfunk oder Fernsehen nur zwischen den Programmen gesendet werden darf.

IV. Das Medienrecht in Polen

Zum heutigen Zeitpunkt hat Polen noch keine völlig neue *Verfassung*¹⁶. Die bisher wichtigste Reform, die sogenannte "*Kleine Verfassung*" vom 17. Oktober 1992¹⁷, änderte nur - allerdings grundlegend - das Staatsorganisationsrecht, aber nicht den

¹¹ Vgl. Telegraf, 26.1. 1995 oder Hospodárské noviny, 10.2. 1995.

¹² Sbírka zákonu Československé socialistické republiky Nr. 36 vom 8.11. 1966, Poz. 81.

¹³ Sbírka zákonu Československé federativní republiky Nr. 19 vom 29.3. 1990, Poz. 86.

¹⁴ Sbírka zákonu České a Slovenské federativní republiky Nr. 23 vom 27.3. 1991, Poz. 106.

¹⁵ Sbírka zákonu České republiky Nr. 8 vom 14.3. 1995, Poz. 40.

¹⁶ Vgl. z.B. J. Trzcinski, Uchwalenie i nowelizacja Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, Przegląd sejmowy 1/5 (1994), 9 ff.

¹⁷ Dziennik ustaw Nr. 84 vom 23.11. 1992, Poz. 426.

Grundrechtsteil¹⁸. Dieser ist noch weitgehend derjenige der stalinistischen Verfassung des Jahres 1952¹⁹.

Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist allgemein garantiert durch Art. 83 der Verfassung; in Bezug auf das Fernsehen und den Rundfunk wurde 1992 der neue Art. 36b eingeführt²⁰, der als neue Behörde den *Nationalrat für Rundfunk und Fernsehen* einrichtete, der grundsätzlich Meinungs- und Informationsfreiheit schützen und verwirklichen soll.

Zur Umsetzung dieser Bestimmung wurde am 29. Dezember 1992 das polnische *Radio- und Fernsehgesetz*²¹ verabschiedet. Es führt - ähnlich wie in der Tschechischen oder Slowakischen Republik - das duale System ein, wonach das Recht zur Programmausstrahlung zum einen den Trägern des öffentlichen Rundfunks und zum anderen privaten Lizenznehmern zugewiesen wird. Solche Lizenzen werden vom genannten Nationalrat erteilt. Dieser besteht aus neun Mitgliedern, von denen vier vom Sejm und zwei vom Senat gewählt und die restlichen drei vom Präsidenten bestimmt werden, der auch den Ratsvorsitzenden ernennt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt neun Jahre.

Zur Bestimmung des Art. 7 Abs. 2, nämlich daß „...der Präsident des Rates aus dem Kreise der Mitglieder des Rates durch den Staatspräsidenten berufen wird“, mußte das polnische Verfassungsgericht im Rahmen der sogenannten allgemein verbindlichen Auslegung nach Art. 13 des Gesetzes über das Verfassungstribunal²² Stellung nehmen: Ausgangspunkt war die Entscheidung von Staatspräsident Walesa, den Präsidenten des Rates seines Amtes zu entheben und ihn durch einen seiner engsten Mitarbeiter, den früheren Direktor des staatlichen Fernsehens, zu ersetzen. Gegenstand des Antrags war die Frage, ob dieses Recht

¹⁸ Vgl. W. Sokolewicz, Uwagi o projekcie Karty Praw i Wolności, Państwo i Prawo 4 (1993), 66 ff.

¹⁹ Der deutsche Text z.B. in: Verfassungen ausländischer sozialistischer Staaten, (Berlin, 1. Aufl. 1982), 65 ff.

²⁰ Dziennik ustaw Nr. 7 vom 29.1. 1994, Poz. 33.

²¹ Dziennik ustaw Nr. 7 vom 29.1. 1994, Poz. 34.

des Präsidenten auf Berufung in das Amt auch das Recht auf Entlassung aus diesem Amt umfaßt.

Das Verfassungsgericht legte in seinem Urteil von 10. Mai 1994²³ diese Regelung so aus, daß „...das Recht des Staatspräsidenten, den Präsidenten des Rates zu berufen, nicht als sein Recht, ihn seines Amtes zu entheben, verstanden werden kann“. Eine solche Amtsenthebung betrifft nämlich die Frage der Mitgliedschaft im Rat an sich, deren Beendigungsgründe in Art. 7 Abs. 6 des Rundfunk- und Fernsehgesetzes aufgezählt sind (nämlich: schwere Krankheit, Verzicht auf die Mitgliedschaft, Verurteilung für eine vorsätzliche Straftat, schwerer Bruch der Verfassungsnormen).

Lizenzen zur Ausstrahlung der Rundfunk- oder Fernsehprogramme können nach dem Gesetz vom Dezember 1992 natürliche Personen polnischer Staatsangehörigkeit mit ständigem Aufenthalt in Polen oder juristische Personen mit Sitz in Polen erhalten. Die legislatorischen Bemühungen, den Zugang von Ausländern zum polnischen Rundfunkmarkt zu erschweren, wird aus weiteren gesetzlichen Vorschriften deutlich: Bei juristischen Personen mit ausländischen Partnern bzw. Anteilseignern darf der von Ausländern gehaltene Anteil am Grundkapital 33% nicht übersteigen; weiter muß der Gesellschaftsvertrag bzw. die Satzung festlegen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats polnische Staatsangehörige mit ständigem Aufenthalt in Polen sein müssen; und schließlich darf der von Ausländern oder von Ausländern kontrollierter juristischer Personen gehaltene Anteil an Stimmen in der Gesellschafter- bzw. Aktionärsversammlung 33% nicht überschreiten.

Hingewiesen werden muß auf zwei in ihrer Entstehung heftig umstrittene Vorschriften, die den starken Einfluß des Christentums, d.h. faktisch der katholischen Kirche, in Polen widerspiegeln: Obwohl bereits zum Jahresende 1992 die katholische Kirche in Polen 17 Rundfunkstationen betrieb oder jedenfalls

²² Dziennik ustaw Nr. 22 vom 14.5. 1985, Poz. 98, in der Fassung von Dziennik ustaw Nr. 109 vom 28.11. 1991, Poz. 470.

²³ Dziennik ustaw Nr. 62 vom 25.5. 1994, Poz. 264.

lenkte und es spezielle Normen für die Rechtsstellung und die Tätigkeit "religiöser" Sender gibt (insbesondere im *Gesetz über die Beziehung des Staates zur Katholischen Kirche in der Republik Polen*²⁴), müssen nach Art. 18 Abs. 2 des Rundfunkgesetzes alle Radio- und Fernsehprogramme die religiösen Gefühle des Publikums respektieren, indem sie vor allem das christliche Wertesystem berücksichtigen. Dies gilt insbesondere auch für den öffentlichen Rundfunk, der durch Art. 21 Abs. 2 Punkt 6 des Rundfunkgesetzes verpflichtet wird, "das auf universellen ethischen Prinzipien beruhende christliche Wertesystem" zu respektieren.

Die Problematik der Umsetzung dieser zwei Vorschriften war Gegenstand eines Antrags des Präsidenten des Obersten Gerichts an das Verfassungsgericht wiederum nach Art. 13 des Gesetzes über das Verfassungstribunal über die „allgemein verbindliche Auslegung“. Der Präsident des Obersten Gerichts beantragte die Beantwortung der Frage, ob diese Bestimmungen die Beurteilung eines Programms schon vor seiner Ausstrahlung durch andere Rechtssubjekte als die Programmsender selbst ermöglichen, mit anderen Worten, ob sie Grundlage für eine präventive Zensur sein können; und zweitens: Ob die zwei Bestimmungen im Widerspruch zu Artikel 6 Abs. 1 desselben Gesetzes stehen, welcher die Äußerungsfreiheit im Rundfunk und Fernsehen, die Selbständigkeit der Programmsender, die Interessen der Empfänger und den offenen und pluralistischen Charakter des Rundfunks und Fernsehens garantiert.

Im Urteil vom 2. März 1994²⁵ hat das Verfassungsgericht beschlossen, daß aus den zitierten Bestimmungen des Art. 21 und 18 über die Respektierung der christlichen Werte bei den Sendungen nicht die Möglichkeit einer vorbeugenden Beurteilung der Programme durch andere Subjekte, also keiner präventiven Zensur, folgt. Zweitens, kam das Gericht zum Ergebnis, daß die Verpflichtung zur Achtung des christlichen Wertesystems nicht mit den Bestimmungen über den pluralistischen und offenen Charakter des Rundfunks und Fernsehen im Widerspruch steht.

²⁴ Dziennik ustaw Nr. 29 vom 23.5. 1989, Poz. 154.

²⁵ Dziennik ustaw Nr. 36 vom 21.3. 1994, Poz. 137.

Dieses Urteil ist auf erhebliche Kritik seitens der stärksten Partei im Sejm gestoßen, nämlich der Sojuz Lewicy Demokratycznej (Bund der Demokratischen Linken, der Nachfolgerin der KP), deren 89 Abgeordnete einen Antrag auf Feststellung beider „religiöser Bestimmungen“ (Art. 18.2 und 21.2 des Rundfunk- und Fernsehgesetzes) als verfassungswidrig stellten. Zur Begründung ihres Antrags trugen sie vor, daß durch diese Gesetzgebung nur eine Weltanschauung befürwortet werde, wodurch die sonstigen Weltanschauungen diskriminiert würden. Am 7. Juni letzten Jahres hat das Verfassungsgericht den Antrag abgelehnt²⁶. In der Begründung wurde zum einen hervorgehoben, daß unter den religiösen Gefühlen der Empfänger, die respektiert werden müssen, die christlichen Werte bloß als ein Beispiel angeführt werden. Weiter stellten die Verfassungsrichter fest, daß die Rücksicht auf diese Gefühle eine der vielen Direktiven sei, wonach sich die Programmgestaltung des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens richten solle. Die Verpflichtung, die christlichen Werte zu respektieren, dürfe auch nicht mit einem Gebot ihrer Propagation verwechselt werden.

Ohne hier in die Details gehen zu können, ist es schon interessant zu beobachten, wie sehr die polnische Gesellschaft in Bezug auf religiöse Fragen polarisiert ist und welche wichtige Aufgabe die Kirche in der Durchsetzung ihrer Anschauung auch in der Gesetzgebung sieht. Dies gilt nicht nur für das Rundfunkgesetz, sondern auch für die Regelung der Abtreibung²⁷ oder die komplexe Geschichte des Abschlusses des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen²⁸. Immerhin hat die Republik Polen im Art. 10 Abs. 1 des *Gesetzes über die Garantien der Bekenntnis- und Glaubensfreiheit* vom Mai 1989²⁹ erklärt, daß „...die Republik Polen in den Sachen der Religion und Überzeugung ein weltlicher und neutraler Staat ist.“

²⁶ Gazeta wyborcza, 8.6. 1994, S.3.

²⁷ Vgl. Dziennik ustaw Nr. 17 vom 1.3. 1993, Poz. 76.

²⁸ Vgl. R. Sobanski, Sens polskiego konkordatu, Państwo i Prawo 7-8 (1994), 3 ff.; J. Krukowski, Konkordat między Stolicą apostolską a Rzeczpospolitą Polska podpisany 28. lipca 1993 roku, Przegląd Sejmowy 2,6 (1994), 69 ff.

²⁹ Dziennik ustaw Nr. 29 vom 23.5. 1989, Poz. 155.

Eine andere gesetzliche Beschränkung, diesmal des ausländischen Einflusses in den Medien, findet sich im *Telekommunikationsgesetz* vom 23. November 1990³⁰, wonach es zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen einer staatlichen Lizenz bedarf. So dürfen keine Lizenzen erteilt werden für allgemeine, international operierende Telekommunikationsdienste; keine Lizenzen für Rundfunkeinrichtungen an ausländische Antragsteller oder solche mit einem ausländischen Kapitalanteil von mehr als 33%; ausländische oder ausländisch kontrollierte Antragsteller erhalten keine Lizenz für die Benutzung von Kabel-, Rundfunk- oder Satellitennetzen für grenzüberschreitende Telekommunikation; schließlich dürfen ausländischen Rechtssubjekten oder juristischen Personen mit einem ausländischen Kapitalanteil von mehr als 49% keine inter-urbanen Telekommunikationsdienste gestattet werden.

Der Bereich der periodischen Presse ist geregelt durch das *Gesetz über die Presse* vom 26. Januar 1984, grundlegend novelliert im Jahre 1989³¹ (Gesetz Nr. 187 vom 30. 5. 1989), das sich durch Art. 3 des Rundfunk- und Fernsehgesetzes als eine subsidiäre Norm auch auf diesen Bereich erstreckt. Die Hauptaufgabe dieser noch mitten in der Umbruchphase verabschiedeten Änderung war, die Voraussetzungen für die Registrierung der periodischen Presse zu formulieren, die Stellung der Redaktionen rechtlich zu sichern und die Herausgabe von Presseerzeugnissen ohne Registrierung zu sanktionieren.

V. Das Medienrecht in der Slowakischen Republik

Im Unterschied zur tschechischen Verfassung enthält die slowakische *Verfassung* vom 1. September 1992³² einen eigenständigen Grundrechtsteil, der aber ganz weitgehend der ehemals tschechoslowakischen Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten entspricht. Dies

³⁰ Dziennik ustaw Nr. 86 vom 15.12. 1990, Poz. 504.

³¹ Dziennik ustaw Nr. 34 vom 6.6. 1989, Poz. 187.

³² Sbírka zákonu České a Slovenské federativní republiky Nr. 92 vom 1.10. 1992, Poz. 460.

gilt auch für den die Meinungs- und Informationsfreiheit schützenden Art. 26. Dieser unterscheidet sich aber von Art. 17 der Charta (die ja in der Tschechischen Republik weiter gilt) darin, daß eine spezifische Vorschrift eingeführt wurde, wonach die geschäftsmäßige Betreibung von Radio und Fernsehen staatlicher Genehmigung unterliegen kann.

Nach Art. 152 der slowakischen Verfassung galten alle mit ihr kompatiblen tschechoslowakischen Rechtsnormen zunächst weiter, also auch das im Zusammenhang mit der Tschechischen Republik schon erwähnte föderale Radio- und Fernsehgesetz vom 30. Oktober 1991. Mit einigen Änderungen wurde es am 19. November 1993 als slowakisches *Radio- und Fernsehgesetz* neu verkündet³³. Es sieht ein duales System vor, das im wesentlichen der tschechischen Rechtslage entspricht; die Änderungen der ehemals föderalen Gesetze gehen jedenfalls in Richtung der Option der Stärkung des staatlichen Einflusses auf die Medien: So werden z.B. die Lizenzen zur Ausstrahlung von Programmen für das gesamte slowakische Territorium nach dem slowakischen Gesetz vom hierfür zuständigen Rat der Slowakischen Republik für Radio und Fernsehen erst dann erteilt, wenn das slowakische Parlament dem auf Vorschlag des Rats zugestimmt hat.

Welche wichtige Rolle den vielleicht auf den ersten Blick marginalen gesetzlichen Bestimmungen in den Umbruchsphasen zukommt, läßt sich an einem Beispiel vom Herbst letzten Jahres gut belegen: Wie bekannt, endeten die dort am 30. September und 1. Oktober 1994 abgehaltenen Parlamentswahlen mit einem Sieg der Partei des Ministerpräsidenten Meciar. Zu den ersten Schritten des neu gewählten Nationalrats, des slowakischen Parlaments, gehörte schon am 6. November die Auflösung des slowakischen Rundfunk- sowie des slowakischen Fernsehrats und die Amtsenthebung des Direktors des Slowakischen Rundfunks, der als Gegner von Meciar angesehen wurde. Zugleich wurden beide genannten Organe mit Anhängern bzw. Mitgliedern der Partei von Meciar besetzt und als neuer Direktor des Slowakischen Rundfunks einer seiner Gefolgsleute bestellt³⁴. Diese Schritte waren insbesondere deswegen mög-

³³ Zbierka zákonov Slovenskej republiky Nr. 67 vom 19.11. 1993, Poz. 268.

lich, weil das slowakische Gesetz über den Rundfunk- und Fernsehrat³⁵ - im Unterschied z.B. zum entsprechenden tschechischen Gesetz - nicht anordnet, daß verschiedene Meinungsgruppen in diesen Organen vertreten sein müssen. Faktisch ist damit eine höchst effektive Kontrolle der in der slowakischen Wirklichkeit wichtigsten Massenmedien durch die Regierungspartei ermöglicht.

In diesen Kontext des Versuchs, eine solche Kontrolle der Massenmedien unmittelbar durch die Regierung oder jedenfalls durch ihr nahestehende Personen zu erreichen, läßt sich auch die Ankündigung rechnen, die gesetzlichen Besteuerungsgrundlagen für private Massenmedien grundsätzlich zu verschärfen; praktisch wird dies eine Anhebung der Steuerlast und damit eine erhebliche Erschwerung privater Tätigkeit im Bereich der Massenmedien bewirken.

VI. Das Medienrecht in Rußland

Die im Referendum vom 12. Dezember 1993 angenommene neue *Verfassung*³⁶ Rußlands garantiert in ihrem Art. 29 Meinungs- und Informationsfreiheit und zwar in der Weise, daß jedermann das Recht hat, "gesetzmäßig" Informationen zu empfangen und zu verbreiten. Den Inhalt und die Schranken dieses offensichtlich zentralen Begriffs der "Gesetzmäßigkeit" zu ermitteln, stößt jedoch auf erhebliche Probleme. Diese beruhen zum einen auf den provisorischen Kompetenzen der verschiedenen, in diesem Bereich beteiligten Staatsorgane und zum anderen, damit unmittelbar zusammenhängend, auf der Unmenge von Hinweisen in allen normativen Texten einmal auf „ein Gesetz“, ein andermal auf „die Verordnung“, ohne diese irgendwie zu spezifizieren.

³⁴ P. Schutz, Slovensko: Noc dlouhých nozu v bratislavském parlamentu, *Telegraf*, 5.11. 1994, S.9.

³⁵ Zbierka zákonov Slovenskej republiky Nr. 67 vom 19.11. 1993, Poz. 269.

³⁶ Konstitucija Rossijskoj federacii, (Moskva, 1993).

Aus der Definition der Massenmedien als „periodische Presse, Rundfunk- Fernseh- oder Videoprogramm, Kinojournal, oder einer anderen Form der periodischen Verbreitung der Masseninformation“ im Art. 2 des *Gesetzes der Russischen Föderation über die Massenmedien* aus dem Jahre 1991³⁷ folgt, daß dieses Gesetz mit größter Wahrscheinlichkeit eine dieser speziellen Normen darstellt.

Zu den Kernbestimmungen des allgemeinen Teils dieses Gesetzes gehört die Passage über den Mißbrauch der Freiheit der Masseninformation: Unter anderem ist die Verbreitung derjenigen Informationen nicht erlaubt, die ein Staatsgeheimnis oder „...ein anderes, durch ein Gesetz geschütztes Geheimnis darstellen.“ Unter den gegenwärtigen politischen und rechtlichen Verhältnissen könnte diese Unbestimmtheit fast als ein Freibrief für staatliche Eingriffe erscheinen. Weiter dürfen die Massenmedien nicht „...zur Gewaltergreifung, gewaltsamer Änderung der Verfassungsordnung und der Integrität des Staates, zum Schüren der nationalen, Klassen- (sic!), sozialen oder religiösen Ungeduld aufhetzen oder den Krieg propagieren.“ (Art. 4). Alle diese Gründe sind durch Art. 13 Abs. 3 mit der rechtlichen Möglichkeit verbunden, die Registrierung der Massenmedien zu verweigern, oder diese gerichtlich zu suspendieren oder zu beenden (Art. 16).

Aus dem Kreis der Berechtigten, sich als Gründer bestimmter Massenmedien registrieren zu lassen, sind nach Art. 7 alle Ausländer ausgeschlossen. Zu erwähnen ist insofern, daß jedoch die Verfassung von „jedermann“ spricht. Für die Registrierung ist das Presse- und Informationsministerium der Russischen Föderation zuständig, welches binnen eines Monats über einen entsprechenden Antrag entscheiden muß (Art. 8).

Mit Hinblick auf die deutsche Diskussion scheint es nicht uninteressant zu erwähnen, wie die Problematik des Redaktionsgeheimnisses in Rußland geregelt wurde: Die Redaktionen sind nämlich verpflichtet, die Quelle ihrer Informationen geheim zu halten, mit Ausnahme des Falles, daß deren Offenlegung von

³⁷ Vedomosti Sjezda narodnych deputatov Rossijskoj federacii i Verchovnogo Soveta Rossiskoj federacii 1992, No. 7, Poz. 300.

einem Gericht gefordert wird, und sie einen Zusammenhang mit einer dort zu verhandelnden Sache haben (Art. 41). Eine weitere praktische Frage ist die Stellung des Journalisten in Krisensituationen nach Art. 47 Abs.7: Zwar darf er nämlich - unter anderem - die Gebiete mit Naturkatastrophen, Massenunruhen und Massenversammlungen von Staatsbürgern sowie die Territorien, wo der Ausnahmezustand verhängt wurde, besuchen. Seine Akreditierung kann jedoch immer dann aufgehoben werden, wenn solche Informationen veröffentlicht werden, welche die „Ehre“ und „Würde“ der Organisation verletzt, die ihm die Akreditierung gewährt hat; dieser Entzug muß zwar durch gerichtliche Entscheidung, jedoch erst nachträglich bestätigt werden.

Der Werbung ist Art. 36 gewidmet: Diese darf 40 % des Inhalts einer Nummer der Print- und 25% des Inhalts der Sendungen der elektronischen Medien nicht überschreiten.

Mit der Verteilung der Frequenzen für den Rundfunk und das Fernsehen soll sich nach dem Gesetz eine sg. Föderale Kommission für Rundfunk und Fernsehen beschäftigen; ihre Tätigkeit und die Kriterien für die Gewährung der Lizenzen beschreiben jedoch bloß zwei Artikel des Gesetzes, welche, wie üblich, auf die weiteren, nicht näher bestimmten gesetzlichen Normen hinweisen; nach den zugänglichen Information sind diese Normen bisher nicht erarbeitet worden³⁸, das ganze Verfahren wird durch die Exekutive geregelt und verläuft aufgrund von provisorischen untergesetzlichen Normen.

Selbst die Voraussetzungen für das Lizenzierungsverfahren sind durch eine Verordnung der Regierung *„über die Lizenzerteilung für Fernseh- und Rundfunksendungen in der Russischen Föderation“* vom 7. Dezember 1994³⁹ festgelegt worden: Diese soll solange in Kraft sein, bis ein neues föderales Gesetz über die Zusammensetzung und Tätigkeit der vorgesehenen „Föderalen Kommission für Rundfunk und Fernsehen“ erarbeitet und verabschiedet wird (Art. 1). Zur Lizenzantragstellung sind nach dieser Verordnung solche juristischen Personen berechtigt, welche in Rußland registriert

³⁸ N. Vajnonen, *Efir v zakone. Vopros - v kakom*; Rossijskije vesti 25.1. 1995, S. 1.

³⁹ *Sobranije zakonodatelstva Rossijskoj federacii* No. 34 vom 19.12. 1994, Poz. 3604.

sind (Art. 5); falls man diese Bestimmung als die sg. „Registrierung im Bereich der Massenmedien“ im Sinne des Gesetzes über die Massenmedien von 1991 interpretieren soll, sind von diesem Recht alle Ausländer ausgenommen.

Art. 11 zählt die Gründe der Ablehnung der Erteilung einer Lizenz auf: Eine der besonders unbestimmten Ursachen kann z.B. sein, daß „die vorgelegten Angaben nicht den geltenden Standards, Normen und Regeln entsprechen.“ Die Lizenz kann nach Art. 17 wieder „annulliert werden“, falls der Betreiber im Laufe eines Jahres wiederholt gegen die Normen, die in der Lizenz, in dieser Vorschrift oder in der Gesetzgebung der Russischen Föderation enthalten sind, verstößt; für die Aufhebung der Lizenz wird jedoch eine offizielle, schriftliche Mahnung vorausgesetzt.

Abweichend von der Idee, mit der Entscheidung über die Lizenzerteilung ein unabhängiges Organ zu beauftragen, ist für dieses Verfahren nach der Verordnung der sg. Föderale Dienst Rußlands für Fernsehen und Rundfunk - zusammen mit dem Telekommunikationsministerium - zuständig. Nur im Falle konkurrierender Anträge oder im Falle von Unstimmigkeiten wird zur Abgabe einer empfehlenden Stellungnahme eine sg. Kommission für Sendung, geschaffen durch den Föderalen Dienst und das Telekommunikationsministerium, hinzugezogen; zu ihrer Tätigkeit sollen Spezialisten, unter anderem auch Juristen, eingeladen werden (Art. 3 und 7).

Der wohl bedeutsamste Entwurf des neuen Rundfunkgesetzes wurde in den Jahren 1992-1993 von einer Arbeitsgruppe des Obersten Sowjets konzipiert; bedauerlicherweise wurde er jedoch am 17. Februar 1993 vom Obersten Sowjet abgelehnt. Wichtigstes Element dieses Entwurfs war die geplante ausdrückliche Anerkennung des dualen Systems. Die Kompetenz zur Erteilung privater Lizenzen hätte auf Föderationsebene von einer Föderalen Medienanstalt ausgeübt werden sollen, die mit Experten aus den Bereichen Medien, Kultur, Verwaltung und Recht besetzt sein und ihre Aufgaben weisungsfrei wahrnehmen sollte. Daneben waren entsprechende regionale Medienanstalten mit untergeordneter Funktion vorgesehen. Insgesamt hätte dieses Gesetz durchaus praktikable und auch ausreichend präzise Regeln für

Aufbau, Kompetenzen und Verfahren der erforderlichen Lizenzierungs- und Kontrollbehörden gebracht⁴⁰.

Im technischen Bereich wurde das neue *Telekommunikationsgesetz*⁴¹ verabschiedet, welches sich in seinem Art. 15 mit der Frage der Erteilung der Lizenzen im Bereich der Kommunikation befaßt: Nach seinem Abs. 2 sollen die Formen und Fristen der Lizenzen, sowie die Voraussetzungen ihrer Erteilung und „sonstige Fragen der Lizenzierung“ durch „die Gesetzgebung der russischen Föderation“ bestimmt werden. Als zuständiges Organ ist hierzu das Föderale Telekommunikationsministerium berufen, welches aufgrund dieses Gesetzes, sowie der „Regierungsanordnung über Lizenzierung im Bereich der Telekommunikation“ verfahren soll. Für das Fernsehen gibt es eine spezielle Regel des Art. 15, welche die Kompetenz des Telekommunikationsministeriums auf diesem Gebiet bestätigt; zur Antragstellung sind diejenigen natürlichen oder juristischen Personen berechtigt, welchen zu dieser Tätigkeit die entsprechenden technischen Mittel zur Verfügung stehen oder künftig zur Verfügung stehen werden. Die Lizenz darf nicht von einem auf ein anderes Rechtssubjekt ohne neue Lizenzierung übertragen werden. Nicht notwendig ist eine Lizenz für die Fälle, die im Abs. 6 aufgezählt sind: Es handelt sich vor allem um die Netze im Bereich der Verteidigung, Sicherheit und des Rechtsschutzes sowie für die Telekommunikationseinrichtungen, die in einem Gebäudekomplex, in Kraftfahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen oder sonstigen Verkehrsmitteln betrieben werden.

Eine bedeutsame Regelung, die diesem eher komplizierten System einen wichtigen juristischen Akzent gibt, ist die Bestimmung des Abs. 8 dieses Artikels, welche lautet: „Jede rechtswidrige Tätigkeit des föderalen Exekutivorgans im Bereich der Telekommunikation betreffend die Erteilung der Lizenzen kann einem Gericht oder Arbitrage-(Schieds-)Gericht vorgelegt werden.“

⁴⁰ M. Schuler-Harms, Neues Rundfunkrecht für die Russische Föderation, ZUM 8/9 (1993), 408 ff.

⁴¹ Rossijskaja gazeta, 22.2. 1995, S. 9-10.

Die legislatorischen Bemühungen laufen inzwischen weiter: So wurde in der Staatsduma Anfang 1995 das *Gesetz über die staatliche Unterstützung der Massenmedien* verabschiedet, das auch Regelungen über die staatliche finanzielle Förderung privater Massenmedien enthält. Hieran knüpfen sich jedoch schon heute, vor seinem Inkrafttreten, erhebliche Befürchtungen, daß durch die Verteilung der Finanzmittel der Staat noch stärker die Tätigkeit der Massenmedien beeinflussen könne. Am 15. Dezember 1994 trat das föderale *Gesetz über die Erläuterung der Tätigkeit der Organe der Staatsgewalt in den staatlichen Massenmedien* in Kraft, am 25. Januar 1995 wurde von der Staatsduma das *Föderale Gesetz über Information, Informatisierung und Schutz von Informationen*⁴² gebilligt.

VII. Schlußwort

Was sind nun die gemeinsamen Hauptmerkmale des neuen Medienrechts in den erwähnten osteuropäischen Staaten? Auf der verfassungsrechtlichen Ebene ist das zweifellos die Gewährung der Meinungs- und Informationsfreiheit, auf der einfach-gesetzlichen Ebene die Einführung eines dualen Systems in Rundfunk und Fernsehen, im Bereich der Presse die Regelung der Voraussetzungen für ihre Registrierung bzw. Anmeldung. Nicht vergessen darf man auch die Tatsache der funktionierenden Verfassungsgerichtsbarkeit, welche ein bedeutsames Instrument für die Garantie der menschenrechtlichen Aspekte des Medienrechts ist.

Der Standard der Regelungen ist jedoch immer noch sehr unterschiedlich: Es bestehen sicherlich noch erhebliche Probleme, etwa in Rußland, hinsichtlich der Präzisierung der Regeln für die Erteilung der notwendigen Lizenzen. Zum Abschluß noch ein aktuelles Beispiel für die Turbulenzen in diesem Bereich: In Krakau hat nach dem geltenden polnischen Rundfunkgesetz ein Sender „Free Kaukasus“ die Registrierung beantragt, welcher unter anderem Programme für Tschetschenien ausstrahlen möchte. Er würde die technischen Anlagen benutzen, die schon der Solidarnosc während

⁴² Rossijskaja gazeta, 22.2. 1995, S. 15-16.

des Ausnahmezustands dienten, und hätte eine Reichweite von 3.000 km. Daß sich das russische Parlament über seine eventuelle Existenz nicht freut und schon heftige Proteste geäußert hat, ist zwar nicht weiter verwunderlich⁴³, zeigt aber auch ein Verständnis von - hier internationalen - Aspekten der Informationsfreiheit, das nicht länger zeitgemäß ist.

⁴³ Duma Rosji Polski Eter, Gazeta Swiateczna 14.-15.5. 1995, S.1.